

F a k t e n u n d A r g u m e n t e

Generalsekretär Laurenz Meyer: Petra Roth bleibt Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main. Der hessische Ministerpräsident hat den Erfolg bei der Stichwahl zu Recht die „Krönung des Wahlsiegs“ der CDU bei den Kommunalwahlen genannt. Das Präsidium gratuliert der Oberbürgermeisterin sehr herzlich und wünscht ihr für die neue Wahlperiode viel Glück.



Laurenz Meyer: Der runde Tisch ist das **Parlament**

Die CDU will den Beteiligungsformen der direkten Demokratie einen neuen Impuls geben. „Wir brauchen die stärkere Teilnahme der Bürger,“ betonte Generalsekretär Laurenz Meyer.

Deshalb habe sich das Präsidium, über dessen Beratungen er auf der Presse-

konferenz am 2. April berichtete, mit einem Schreiben von Franz Müntefering zum Thema Volksbegehren und Volksentscheid befasst, sich aber gegen eine Verständigung der Parteien am „runden Tisch“ ausgesprochen. Laurenz Meyer: „Der runde Tisch ist das Parlament.“

Fortsetzung Seite 2

INHALT

FAMILIENPOLITIK

Angela Merkel:
Die Ehe ist mehr als eine
Lebensgemeinschaft
SEITE 3 – 6

DOKUMENTATION

Auch in Zukunft menschenwürdig leben. Die Reden von Angela Merkel und Jürgen Rüttgers auf dem Gentechnologie-Kongress in Berlin

INNENTEIL

■ Elisabeth Noelle-Neumann: Stolz geht Hand in Hand damit, etwas für andere zu tun (Seite 6) ■ Friedrich Merz im Bundestag: Trittin ist ein Risiko für das Land. Wir fordern seinen Rücktritt (Seite 8) ■ Wolfgang Schäuble in der Extremismus-Debatte: Verachtung statt Übermaß an medialer Aufmerksamkeit (Seite 9) ■ Laurenz Meyer zum SPD-Vorstoß in Sachen Erbschaftssteuer: Der zweite Streich der „Häuserdiebe“ (Seite 9) ■ Im ostdeutschen Gesundheitswesen besteht dringender Korrekturbedarf (Seite 14) ■ Wolfgang Meckelburg: Chance zur besseren Nutzung der Zeitarbeit vertan (Seite 15) ■ OMV: Rot-Grün zerschlägt die kulturelle Breitenarbeit der Landsmannschaften (Seite 16) ■ CDU Mecklenburg-Vorpommern: Zusammenarbeit mit der Freiheitsunion Westpommern (Seite 17) ■ 15. Landesparteitag der CDU Brandenburg (Seite 18)

Forts. von S. 1

Das Präsidium hat den Generalsekretär beauftragt, die Meinungsbildung der CDU zum Thema Partizipation zu koordinieren, damit Bundesvorstand und Präsidium dazu noch im Mai einen Beschluss fassen können. Meyer an Müntefering: „Auch die SPD sollte ihre Vorstellungen konkretisieren und einen entsprechenden Gesetzentwurf im Bundestag einbringen.“

Dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Jürgen Rüttgers dankte der Generalsekretär für seine Vorarbeiten zum Thema Gen- und Biotechnik. Sein Diskussionspapier stand im Mittelpunkt vieler Parteiveranstaltungen und hat die Diskussion in der CDU vorangebracht. Meyer kritisierte die Auflösung des Ethikrats beim Gesundheitsministerium und dessen Neugründung beim Bundeskanzler. Er wiederholte den Vorschlag der Parteivorsitzenden, die Gen- und Biotechnik

Zeitlicher Ablauf:

- **2. April:** Beratung im Präsidium
- **3. April:** Brief an SPD-Generalsekretär Müntefering
- **nach Ostern:** Laurenz Meyer koordiniert die Diskussion in der Partei
- **Ende Mai:** Beschluss in Bundesvorstand und Präsidium

aus der parteipolitischen Diskussion herauszunehmen und den Ethikrat beim Bundespräsidenten anzusiedeln. Meyer: „Nur das entspricht der gesellschaftspolitischen Bedeutung dieses Themas.“

Nach wie vor für eine bessere Rentenreform

Der Generalsekretär bekräftigte noch einmal, dass das Präsidium die rot-grüne „Rentenreform“ ablehnt. Witwenrente, Grundsicherung und private Vorsorge – auch durch Wohneigentum – sind nach wie vor die Hauptpunkte der Kritik. Die Union verfüge zwar nicht über die Mehrheit im Bundesrat, mit der sich erforderliche Änderungen durchsetzen ließen. Laurenz Meyer: „Wir setzen uns aber weiter für Verbesserungen zur Behebung der schlimmsten Nachteile für die Bürger ein.“

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelthöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 75 10183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementpreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

ANGELA MERKEL:

Die **Ehe** ist mehr als eine Lebensgemeinschaft

Die CDU hat gelernt: Ein Grund für unsere Niederlage 1998 lag darin, dass sich die CDU im Laufe der Jahre immer mehr vom konkreten Leben der Menschen entfernt hatte. Das wurde besonders spürbar in einem Bereich, von dem jeder Mensch in der einen oder anderen Weise betroffen ist – in der Familienpolitik. Am Ende einer langen und in vieler Hinsicht erfolgreichen Regierungszeit stand die CDU nicht mehr wirklich „mitten im Leben“.

Deshalb war es 1998 für uns nur folgerichtig, als erstes neu zu durchdenkendes Arbeitsfeld die Familienpolitik anzugehen. Wir haben den Menschen zugehört, haben nach ihren Wünschen und Hoffnungen, aber auch nach ihren Sorgen und Befürchtungen gefragt. Dabei ist ganz deutlich geworden: In einer freien und offenen Gesellschaft kann die Politik den Menschen nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben. In der bürgerlichen Welt des letzten Jahrhunderts – und das ist noch gar nicht so lange her – galt es als



selbstverständlich, dass der Vater als „Ernährer der Familie“ einer Erwerbsarbeit nachging und die Mutter für „Heim und Herd“ zu sorgen hatte. Dieses Familienmodell, das über Jahrzehnte hinweg alleinigen Gültigkeitsanspruch hatte, ist heute einer großen Vielzahl von Lebensentwürfen gewichen; das ist ein Gewinn an Freiheit. Aberum genau dieser Freiheit willen kann ich es nicht zulassen, wenn eine Frau als „rückständig“ verächtlich gemacht wird, nur weil sie sich aus freien Stücken dazu entschließt, einen guten Teil ihres Lebens ausschließlich der Familienarbeit und der Kindererziehung zu widmen. Die Politik hat deshalb die Aufgabe, Rahmenbedingungen und Entscheidungsspielräume zu schaffen, die es

den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, ihren persönlichen Lebensentwurf so weit wie möglich Wirklichkeit werden zu lassen.

Familie ist wichtigste Verantwortungsgemeinschaft

Bei der SPD heißt es lapidar: „Familie ist, wo Kinder sind.“ Das ist ein Verständnis, das der Familie nicht gerecht wird. Familie ist mehr als die Erziehung kleiner Kinder. Familie erstreckt sich über die Generationen. Familie ist erst und nur dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung übernehmen. Und ich füge hinzu: Die auf Dauer angelegte Ehe ist die beste Grundlage dafür, dass Männer und Frauen partnerschaftlich füreinander und als Väter und Mütter für ihre Kinder Verantwortung übernehmen. Deshalb ist der besondere Schutz, unter den das Grundgesetz Ehe und Familie stellt, nach wie vor gut begründet.

Es widerspricht daher dem Geist und Buchstaben

unserer Verfassung, wenn die rot-grüne Bundesregierung jetzt versucht, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften rechtlich auf eine Stufe mit der Familie zu stellen. Man verstehe mich hier nicht falsch: Ich respektiere die Entscheidung von Menschen, die in anderen Formen der Partnerschaft ihren Lebensentwurf zu verwirklichen suchen. Auch in solchen Beziehungen können Werte gelebt werden, die grundlegend sind für unsere Gesellschaft. Die von Rot-Grün angestrebte Gleichstellung von Ehe und Familie mit gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften lehne ich ab. Denn dies verwischt, worauf es vor allem in unserer Gesellschaft ankommt, und trübt das Bewusstsein dafür, dass die Familien die tragenden Säulen unserer Gesellschaft sind. Die besondere Schutzverpflichtung des Staates für die Familien beruht auf der Tatsache, dass Familien durch die Erziehung von Kindern eine Leistung erbringen, die keine andere Gemeinschaft in dieser Gesellschaft erbringen kann. Das allein ist die Rechtfertigung dafür, die Familien mit besonderen Privilegien auszustatten: nicht um eine bestimmte Lebensform gegenüber ande-

ren einfach zu bevorzugen, sondern in Anerkennung einer für das Ganze erbrachten wesentlichen Leistung.

Familienpolitik als Familienvorrangpolitik

Familien sichern durch die Erziehung von Kindern den Fortbestand der Gemeinschaft. Sie leisten damit zugleich einen unverzichtbaren Beitrag zum Generationenvertrag, der die Grundlage unseres sozialen Sicherungssystems darstellt. Eine Gesellschaft, in der immer weniger Kindern geboren werden, setzt ihre Zukunft aufs Spiel. Die Erziehungsleistung der Familien kommt im Ergebnis auch denen zugute, die selbst keine Kinder erziehen. Es ist deshalb aus meiner Sicht ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, Familien im umfassenden Sinne staatlich zu fördern.

Die CDU versteht Familienpolitik als Familienvorrangpolitik. Dabei spielt die finanzielle Förderung der Familie eine wesentliche, aber nicht die alleinige Rolle. Die Erziehung von Kindern ist und bleibt vorrangige Aufgabe und Leistung der Eltern. Sie kann niemals vollständig in Markt und Pfennig aufgewogen

werden. Die Schaffung eines kinder- und familienfreundlichen Klimas sowie die Beseitigung struktureller Benachteiligungen ist nicht weniger wichtig als eine gerechte finanzielle Förderung. Grundsätzlich gilt: Die Förderung von Familien muss sicherstellen, dass die Entscheidung für Kinder und ihre Erziehung nicht zu einer gravierenden finanziellen Schlechterstellung gegenüber Kinderlosen führt.

Das neue Familiengeld der CDU

Wir wollen nach dem Regierungswechsel 2002 das bisherige „Kindergeld“ und „Erziehungsgeld“ zu einem neuen „Familiengeld“ zusammenführen. Wir wollen erreichen, dass Familien die staatlichen Leistungen verlässlich in ihre Planungen einbeziehen können. Die Erhöhung des Kindergeldes darf nicht von der letzten Steuerschätzung, der Laune des Finanzministers oder der Nähe von Wahlterminen abhängig sein. Wir wollen, dass niemand wegen seiner Entscheidung für Kinder von der Sozialhilfe abhängig wird.

Da Familien dann am meisten entlastet werden müssen, wenn das Kind

noch sehr klein ist, muss das Familiengeld in den ersten Lebensjahren des Kindes am höchsten sein. In dieser Zeit bestehen überdies für den betreuenden Elternteil die geringsten Chancen, durch teilweise Erwerbstätigkeit zum Familieneinkommen beizutragen. Während der ersten Lebensphase des Kindes, also während der ersten drei Jahre, soll das Familiengeld 1200 Mark betragen.

Für Kinder zwischen vier und 17 Jahren halten wir eine Förderung in Höhe von 600 Mark monatlich für erforderlich. Dabei muss berücksichtigt werden, dass der Staat in dieser Lebensphase weitere familienbezogene Leistungen erbringt, indem er Kinderbetreuungseinrichtungen, schulische Bildungsangebote und Jugendfreizeitangebote bereitstellt. Im Altersabschnitt von 18 bis 27 Jahren soll dann – sofern das Kind kein eigenes Einkommen hat – ein Familiengeld von 300 Mark (beziehungsweise 350 Mark ab dem vierten Kind) gezahlt werden. Wir wissen, dass dies ein Programm für die nächsten acht bis zehn Jahre ist, aber es schafft Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit.

Bundeskanzler Schröder hat unser Konzept unlängst

abfällig als „Prämie“ bezeichnet, doch der Bundeskanzler versteht nicht, dass Familienpolitik viel mehr ist als nur Politik für mehr Kinder. Kinder sind Reichtum. Sie machen Freude. Eine Gesellschaft, in der immer weniger Menschen Erfahrungen mit Kindern machen können, wird menschlich arm. Eine Gesellschaft, die Kindern keine Freiräume für ihre Entwicklungen gewährt, verliert ihre Innovationsfähigkeit.

■ Beruf oder Familie? Beruf und Familie!

Die Familie steht heute in Konkurrenz zu anderen Lebensentwürfen, die attraktive Freiräume für Beruf und Freizeit bieten und oft auch materiell wesentlich interessanter sind. Die gleichzeitige Berufstätigkeit beider Partner ist das heute mehrheitlich gewünschte Lebensentwurfmodell. Die meisten jungen Menschen wollen nicht vor die Alternative Beruf oder Familie gestellt werden. Gefragt ist heute die möglichst reibungslose Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Das Problem, Beruf und Familie vernünftig in Einklang zu bringen, ist in unserer Gesellschaft vor allem ein

Frauenproblem. Hier müssen wir ansetzen: Berufstätigkeit und Elternschaft sinnvoll zu kombinieren darf in einer modernen Gesellschaft nicht das ausschließliche Problem von Frauen sein. Eine Entscheidung für Kinder darf vor allen Dingen nicht das Aus für eine Ausbildung oder die berufliche Entwicklung bedeuten.

Vor die Frage gestellt, ob wir in der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts die jobgerechte Familie oder den familiengerechten Job wollen, fällt aus meiner Sicht die Entscheidung nicht schwer. Wir brauchen mehr Flexibilität in unseren Kinderbetreuungseinrichtungen. Wir müssen Mittel und Wege finden, unser Arbeitsleben familienfreundlicher zu organisieren. Die Behauptung, dies sei unmöglich, ist von der Erfahrung widerlegt.

Die Union will den heute praktizierten Erziehungsurlaub weiterentwickeln zu einem „Anspruch auf Familienzeit“. Künftig sollen Mütter und Väter in den ersten acht Lebensjahren eines Kindes ein Zeitkonto von insgesamt drei Jahren in Anspruch nehmen können. Sie sollen damit in die Lage versetzt werden, sich in den Lebensphasen, in denen ein Kind besonders intensiv auf die Begleitung und Zuwen-

dung seiner Eltern angewiesen ist, vorrangig ihrer Erziehungsaufgabe widmen zu können, ohne erhebliche berufliche Nachteile hinnehmen zu müssen.

Daneben brauchen wir während der Erziehungszeit einen Anspruch auf Teilzeitarbeit für Eltern. Dies lässt sich in Betrieben mit mehr als 20 Mitarbeitern bei gutem Willen verwirklichen. Mit anderen Worten: Wir brauchen im Arbeitsleben viel Flexibilität, um Freiräume für die Familien zu schaffen. Dass die Bundesregierung einen Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit für jedermann gesetzlich verankert hat, ist dagegen gerade keine besondere Förderung von Familien und im Ergebnis für Arbeitnehmer und Arbeitgeber kein Gewinn.

Familienpolitik – quo vadis?

Das Bundesverfassungsgericht hat der Bundesregierung aufgetragen, bis zum Jahr 2002 eine „durchgreifende Verbesserung“ der Förderung von Familien umzusetzen. Bis heute sind nicht einmal Ansätze einer solchen Verbesserung erkennbar. Vielmehr hat die Politik dieser Bundesregierung den Familien mit Kin-

dern viele Nachteile gebracht: Die Steuerreform verschafft einem Ledigen mit 60 000 Mark Einkommen im Jahr 2005 eine Entlastung von 2098 Mark. Eine vierköpfige Familie mit gleichem Einkommen wird hingegen nur um 1860 Mark entlastet. Die Ökosteuer trifft Familien mit Kindern und folglich höherem Energiebedarf besonders hart. Die rot-grüne Rentenreform benachteiligt deutlich jene Frauen, die durch Zeiten der Kindererziehung keine vollständige Rentenbiografie vorweisen können. Die Förderung junger Familien mit Kindern bei der privaten Altersvorsorge bleibt unzureichend. Und die Neuregelung der 630-Mark-Arbeitsverhältnisse trifft all jene, die neben der Familienarbeit eine geringfügige Beschäftigung ausüben wollen.

Niemand weiß so gut wie die Familien, dass die Wahrheit immer konkret ist. Worte allein, wie sie der Bundeskanzler neuerdings zum Thema Familie abliefern, helfen den Familien nicht. Dies wird bei den Sozialdemokraten genauso wenig funktionieren wie 1998 bei der CDU. Wir haben jetzt ein konkretes Konzept. Und der Wähler hat 2002 die Wahl.

UD

Das Allensbacher Institut hat über die Jahre immer wieder nach Stolz gefragt, die Deutschen, aber auch die Nachbarn. Verstehen nun eigentlich die Nachbarn dasselbe unter dem Begriff Stolz wie die Deutschen?

Noelle-Neumann: Diese Frage wird emotionell beantwortet, nicht aus der Ratio. Die Deutschen haben mitunter das Gefühl, Stolz sei eine verbotene Empfindung. Dagegen ist klar zu sehen, dass diejenigen, die stolz darauf sind, Deutscher zu sein, sich auffallend unterscheiden von denen, die dieses Gefühl nicht teilen. Wer stolz auf die Nation ist, der er nun einmal zugehört, der ist auch zugleich stolz auf seine Kinder, seine Familie.

Und auf seinen Beruf?

Noelle-Neumann: Vor allem auf seinen Beruf. Das Gefühl des Stolzes, das ist eine Eigenschaft, zu der man fähig sein muss. Es gibt viele Menschen, die können gar nicht stolz sein.

Andere Begriffe, die das Begriffsfeld umschreiben? Selbstbewusstsein?

Noelle-Neumann: In der Tat. In einem vernünftigen Maß hat das mit Stolz zu tun: Stolz auf die eigene

Leistung, auf das Land, auf die Kultur, der man zugehört. Man hat sie sich ja nicht ausgesucht.

Und das alles korreliert mit dem Stolz auf das eigene Land?

Noelle-Neumann: Dieser Stolz hat viel zu tun mit dem Vertrauen zu den Institutionen. Hat man Ver-

Noelle-Neumann: Es ist deswegen keine lobenswerte Bescheidenheit, weil Stolz Hand in Hand damit geht, etwas für andere zu tun. Es geht um die Fähigkeit, sich mit anderen Menschen zu verknüpfen und nicht egozentrisch sich gleichsam einzuriegeln. Das Merkwürdige

bezogen als auf den Staat, niemals so kraftvoll politisch wie das britische oder französische. Wie lange wirkt Hitler nach?

Noelle-Neumann: Es sieht so aus, als handelte es sich um die dauerhafte Beschädigung alles dessen, worin der Mensch Wärme und Heimat findet und Geborgenheit.

Henry Kissinger hat vor 25 Jahren die Bundesrepublik verglichen mit einem

mächtigen Baum auf flachen Wurzeln, den eine Windbö fallen kann über Nacht. Ist das auch die Erkenntnis der Demoskopie?

Noelle-Neumann: Ja. Unterhalb der Wurzeln, die die Deutschen in den Boden senken, ist keine Erde, sondern Beton.

Verletzte Nation: Was heißt das?

Noelle-Neumann: Schuldgefühl, vielleicht gar ein Bedürfnis, der eigenen Nation lauter schlechte Eigenschaften zuzuordnen. Mit sich selber befreundet zu sein ist Kern eines glücklichen Lebensgefühls.

„Welt“-Interview vom 21. März mit Elisabeth Noelle-Neumann

ELISABETH NOELLE-NEUMANN:

Stolz geht Hand in Hand damit, etwas für andere zu tun

trauen z. B. zu den Gerichten? Hat man Vertrauen zur Polizei? Alle Umfragen zeigen die Verwandtschaft von Vertrauen und Stolz. Das sind zwei miteinander emotionell verwobene Sachverhalte.

Und wie unterscheiden sich nun die Deutschen von Franzosen, Briten, den sprichwörtlich stolzen Spaniern oder den Amerikanern?

Noelle-Neumann: Weil die Deutschen überwiegend das Gefühl haben, man dürfe nicht stolz sein. Dass sie den Ausdruck Stolz schon aus sich heraus als eine Art von Hochmut, Übermut und Anmaßung verstehen.

Ist das lobenswerte Bescheidenheit?

ist, dass die meisten gar nicht sehen, dass Stolz eine Brücke ist. Indem ich auf etwas stolz bin, bin ich nicht selber anmaßend, sondern ich schlage eine Brücke z. B. zu meinem Beruf, zu meinen Kindern, meinem Land. Ich bin nicht egozentrisch mit mir allein. Ich bringe kein warmes Gefühl auf, wenn ich nicht stolz sein kann. Stolz ist Wärme. Hochmut ist kalt.

Sie haben ein Buch geschrieben „Die verletzte Nation“. Ein demoskopischer Befund über die Deutschen. Nun ist das deutsche Nationalbewusstsein seit Hitler gebrochen und widersprüchlich. Davor aber war es mehr auf Kultur

Trittin ist ein **Risiko** für das ganze Land. Wir fordern seinen Rücktritt

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am 29. März erneut die Entlassung von Minister Trittin gefordert.

„Wer so hasserfüllt über Deutschland, die Institutionen, den politischen Gegner und über die Menschen in unserem Land“ rede, der könne nicht „gleichzeitig Mitglied der Bundesregierung sein“, betonte Friedrich Merz im Deutschen Bundestag.

Zwar habe sich der grüne Umweltminister nach „langem Drängen“ für seine „herabsetzenden Beleidigungen“ bei Generalsekretär Laurenz Meyer entschuldigt. Um diese Äußerungen gehe es aber nicht mehr, sondern um die Frage, welche Grundeinstellung von einem Bundesminister erwartet werden dürfe.

Patriotismus ist eine positive Kraft in Staat und Gesellschaft

Der Fraktionsvorsitzende stellte klar, dass es sich bei den „verbalen Entgleisungen“ Trittins nicht



um einen „Ausrutscher“ handle. Statt dessen seien es „wiederkehrende Wortmeldungen“, die seinem „zutiefst verwurzelten Freund-Feind-Denken entsprechen“ würden. Wer beispielsweise im Jahr 2001 den Rechtsradikalismus in Deutschland instrumentalisiere, sei nicht nur „ein Risiko für Rot-Grün, sondern für das ganze Land“. Friedrich Merz unterstrich, mit

dem „notwendigen und unverzichtbaren Einstehen für die eigene Nation“ sei keine „Abwertung anderer Nationen und Völker verbunden“. Denn nur wer sich „seiner eigenen Entwicklung und Zugehörigkeit bewusst“ sei, könne wirklich „weltoffen sein“ und die „Erfahrungen anderer schätzen und Integrieren“. Genau deshalb sei der „Patriotismus eine positive Kraft für unsere Gesellschaft und unseren Staat“.

Die Union stehe auch in Zukunft zu ihren „christlichen, sozialen, liberalen und konservativen Wurzeln“, versicherte der Fraktionsvorsitzende. Damit befinde sie sich „mitten in der Gesellschaft“.

ANGELA MERKEL: „Die Rentenreform ist als Projekt für die nächsten 30 Jahre gescheitert.“ Die Parteivorsitzende bezieht sich bei dieser Einschätzung auf das in Karlsruhe zu erwartende Urteil zur Rentenbesteuerung und auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Familienentlastung in der Pflegeversicherung vom 3. April. Angela Merkel verteidigte die Pflegeversicherung, die 1995 von der CDU-geführten Bundesregierung eingeführt worden ist, und sieht sich durch das Urteil in ihrer Auffassung bestätigt, dass Eltern mit Kindern weniger Beitrag zahlen oder mehr Rente erhalten sollen.

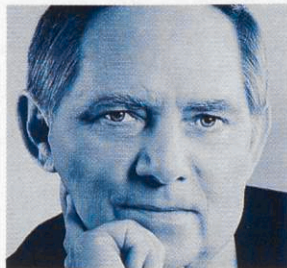
WOLFGANG SCHÄUBLE:

Verachtung statt Übermaß an medialer **Aufmerksamkeit**

„Wir sind uns im Ziel der Bekämpfung von Extremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit einig“, erklärte Wolfgang Schäuble am 30. März im Deutschen Bundestag. Über den Weg könne man aber in einer Demokratie „unterschiedlicher Meinung“ sein.

Schäuble kritisierte, dass sich der gemeinsame Antrag von SPD, Grünen, FDP und PDS auf die Aufzählung bereits beschlossener Maßnahmen beschränke. Dagegen strebe die Union weitergehende Änderungen an, beispielsweise beim Versammlungsrecht, um an besonders symbolträchtigen Orten, wie dem Brandenburger Tor, Aufmärsche von Rechtsextremisten in Zukunft verhindern zu können.

Wolfgang Schäuble plädierte vehement dafür, den Rechtsextremen in der Öffentlichkeit weniger Aufmerksamkeit zu schenken. „Verachtung“ sei wichtiger als „ein Übermaß an medialer Aufmerksamkeit“. Vor allem den jungen Menschen, die glauben würden, das Nationale werde in



Deutschland nicht ernst genommen, müsse deutlich gesagt werden: „Niemand hat mehr Schande über die Deutschen gebracht als die Nazis mir ihren grauenvollen Verbrechen.“

Gegen Gewalt in jeder Form

Obwohl zurzeit der Rechtsextremismus mehr Sorge bereite als der Linksextremismus, sollte die Politik darauf achten, „Extremismus und Gewalttätigkeit in jeder Form“ konsequent und entschieden zu bekämpfen. Als Baden-Württemberger habe ihn gefreut, dass die Republikaner nicht mehr im neu gewählten Stuttgarter Landtag vertreten seien. Dieser Erfolg sei vor allem darauf zurückzuführen, dass

dort die Problemursachen beseitigt wurden, die die Menschen veranlasst hätten, rechtsextrem zu wählen.

Deutschland sei „ein ausländerfreundliches und tolerantes Land“, versicherte Schäuble. Damit das so bleibe, müsse die Politik ihre Hausaufgaben machen. In diesem Zusammenhang forderte er den Bundestag auf, „eine umfassende Zuzugsregelung“ zu verabschieden. Die Union arbeite bereits intensiv an Vorschlägen. Auch die Änderung des Asylrechts und die Verhinderung der regelmäßigen doppelten Staatsangehörigkeit hätten entscheidend dazu beigetragen, Toleranz und Ausländerfreundlichkeit in Deutschland zu erhalten. Wer die Probleme nicht löse, werde das Gegenteil erreichen.

<http://www.cducsu-bundestag.de>
Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Nachhaltige Bekämpfung von Extremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit vom 11. September 2000: www.cducsu-bundestag.de

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Der zweite Streich der „Häuserdiebe“

Nachdem die SPD im Zuge der Rentenreform beschlossen hat, dass Bürger im Alter ihr Haus an die Bank überschreiben sollen, um einen monatlichen Ausgleich für die sinkenden Bezüge aus der gesetzlichen Rentenversicherung zu erhalten, droht nun scheinbar der zweite Streich der „Häuserdiebe“!

Durch die nunmehr geplante Anhebung der Bewertung von Grundvermögen bei der Erbschaftsteuer von durchschnittlich 50 auf 72 % des Verkehrswertes (geschätzter Verkaufswert, ist mit einer deutlichen Mehrbelastung der Erben zu rechnen. Nur wenige Tage nach den Landtagswahlen in Baden Württemberg und Rheinland-Pfalz eine solche Initiative zu starten, das ist dreist.

Betroffen sind hiervon Familien, aber insbesondere mittelständische Familienunternehmen.

Da bisher keine Anhebung der Freibeträge von bspw. 600 TDM für Ehegatten und 400 TDM für Kinder vorgesehen ist,

wird nun eine erhebliche Anzahl von Erbfällen erstmals besteuert und die Steuerlast insgesamt deutlich steigen. Bei mittelständischen Familienunternehmen muss befürchtet werden, dass viele Unternehmen im Erbfall die erhöhte Steuerlast nicht schultern können.

Die SPD bestätigt damit aufs Neue, dass ihre Politik Häuslebauer, Familien und insbesondere den Mittelstand belastet. Zudem sind Steuererhöhungen – auch unter Bezugnahme auf Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts – angesichts der notwendigen Entlastungen von Bürgern und Unternehmen ein vollkommen falsches Signal.

Der Bremer Finanzsenator Hartmut Perschau zum SPD-Vorstoss: „Im Bundesrat nicht mehrheitsfähig.“ Statt das auslaufende Bewertungsgesetz zu ändern, sollte es „einfach verlängert“ werden. Neue Verteilungsungerechtigkeiten müssen vermieden werden.

Wichtiguer

■ Das Sonntagsfahrverbot für Lastkraftwagen ist national § 30 der deutschen Straßenverkehrsordnung geregelt und kann nicht handstreichartig ohne Abstimmung mit den Regierungen der EU-Mitgliedsländer außer Kraft gesetzt werden. **Dirk Fischer**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Daran ändert auch der verbale Einsatz von Bundesverkehrsminister Bodewig nichts. Also mal wieder: Viel Lärm um nichts.“

Auf keinen Fall

■ „Das Institut der Ehe darf nicht für Homosexuelle geöffnet werden.“ Mit einer deutlichen Ablehnung hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Wolfgang Bosbach**, auf die neuerliche Entfachung der Diskussion über die sog. „Homo-Ehe“ durch den grünen Rechtsexperten Volker Beck reagiert, der die weltweit erste Trauung von homosexuellen Paaren in den Niederlanden überschwänglich begrüßt und die Haltung vieler Bundesbürger zu diesem Thema als „hinterwäldlerisch“ abtut. Bosbach: „Die Union wird im Bundesrat eine standesamtliche Lösung auf keinen Fall mittragen.“

Zum Schaden

■ Erneut hat die rot-grüne Bundesregierung, ohne dass sie dafür überzeugende Gründe nennen kann, eine Reform der früheren Bundesregierung zum Schaden des Wirtschaftsstandorts Deutschland rückgängig gemacht. Nach dem Postgesetz vom 22. Dezember 1997 war das Ende des Postmonopols auf den 31. Dezember 2002 festgelegt. Die fünfjährige Exklusivlizenz sollte der Post die Möglichkeit geben, die Kosten für den Strukturwandel hin zum Wettbewerb zu finanzieren. Jetzt hat aber das Bundeska-

binett beschlossen, das Postmonopol zu verlängern. **Elmar Müller**, postpolitischer Sprecher der CDU/CSU und Vorsitzender des Beirats bei der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post: „Mit dem Beschluss verletzt Rot-Grün bewusst Artikel 87f Grundgesetz, wonach sie für den chancengleichen Wettbewerb und die Berufsfreiheit auf einem liberalisierten Markt Sorge zu tragen hat.“

Vorsorge Null

■ Entgegen allen Ankündigungen sind betriebsbedingte Kündigungen von Zi-

vilbeschäftigten bei der Bundeswehr nun doch nicht mehr auszuschließen. Scharping droht ein Arbeitskampf. Denn er hat versäumt, in seinem Etat Verstärkungsmittel für die dringenden Personalmaßnahmen vorzusehen. Allein für die zu erwartenden Einkommensverbesserungen bei Soldaten und zivilen Angestellten fehlen im laufenden Jahr mindestens 450 Millionen Mark. **Paul Breuer**, verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU, zu den jetzt abgebrochenen Tarifverhandlungen für die Zivilbeschäftigten bei der Bun-

MARTINA KROGMANN ZUM THEMA INTERNET:

Bundesregierung **bremst** Wachstumsmotor Nr. 1

Deutschland braucht einen Gründerboom, um den Anschluss nicht zu verpassen. Unsere dot-coms stehen im globalen Wettbewerb. Aber anstatt die Unternehmen der Internetwirtschaft durch gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu unterstützen, baut die Bundesregierung zusätzliche Hürden auf.

Unabdingbar sind flexible Arbeitsmärkte. Doch vor allem das Teilzeitgesetz, die Einschränkung der befristeten Beschäfti-

ungsverhältnisse und die Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes sind Bremsklötze für die Internet-Wirtschaft.

Dringend notwendig dagegen sind bessere steuerliche Rahmenbedingungen: Die Entlastung der Personengesellschaften fällt zu gering aus und kommt zu spät. Die Herabsetzung der Beteiligungsgrenze ist für das Gründerklima kontraproduktiv. Die Abschreibungsdauer für PCs von drei Jahren ist verglichen mit der Lebensdauer eines

PCs viel zu lang. Es ist auch absurd, dass Aktionäre von Fremdunternehmen steuerlich besser gestellt sind als diejenigen, die Aktien am eigenen Unternehmen halten wollen.

Wer solche Rahmenbedingungen schafft, braucht sich nicht zu wundern, wenn Deutschland für die dringend benötigten IT-Fachkräfte nicht Zielland Nr. 1 ist. Wir müssen aber auch im globalen Wettbewerb um die besten Köpfe vorn sein, um in der IT-Wirtschaft die Nr. 1 zu werden.

deswehr: „Scharpings Fahren auf Sichtweite wird schon in diesem Jahr ins finanzielle Chaos führen. Vorsorge Null.“

Bürokratie-Monster

■ Umweltschutz braucht Akzeptanz in der Bevölkerung. Dazu gehört: angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis. Mit ihrem Gesetzentwurf zur Umsetzung der Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung (IVU/UVF-II-Richtlinie) hat die rot-grüne Bundesregierung ein bürokratisches Monster geschaffen. Zahlreiche Projekte der Gemeinden, Städte und Landkreise müssen zusätzlich zu den Auflagen z.B. nach dem Bundesnaturschutzgesetz einer weiteren Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden. **Peter Götz**, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Wir brauchen möglichst einfache Regelungen – vor allem auch: um sowohl das Verfahren als auch die beabsichtigte Wirkung zu beschleunigen.“

Verständnis reicht nicht

■ Das Bundesgesundheitsministerium hat, wie es heißt, für die prekäre Situation der ostdeutschen Kassenärzte Verständnis gezeigt. **Günter Nooke**, Spre-

cher der Abgeordneten der neuen Bundesländer in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Das allein reicht nicht. Die rot-grüne Bundesregierung muss auch etwas tun, damit weitere Praxis-schließungen verhindert werden. Die ostdeutschen Ärzte brauchen eine Perspektive mit überschaubarem Zeithorizont.“

Klimalücke

■ Bundeswirtschaftsminister Werner Müller hat jetzt öffentlich erklärt, was bisher nur in kleinen Zirkeln zugegeben wurde: Mit dem Ausstieg aus der Kernenergie ist die Klimalücke 2020 nicht zu schließen. Er bestätigt damit die seit Monaten von CDU und CSU geübte Kritik an der Energiepolitik der Bundesregierung. **Kurt-Dieter Grill**, Berichterstatter der CDU/CSU für Energiepolitik: „Die notwendige konkrete Antwort auf diesen neuen Fehlschlag ist von Rot-Grün in dieser Legislaturperiode nicht mehr zu erwarten, da das Vorhaben, ein Energiekonzept vorzulegen, inzwischen ganz offensichtlich aufgegeben worden ist.“

Auch Reisedevisen

■ Für die Euro-Bargeldeinführung zum 1. Januar 2002

sollten Banken und Sparkassen nicht nur DM, sondern auch andere Währungen aus dem Euro-Raum kostenlos in Euro umtauschen. **Peter Hintze**, europapolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Viele Bürger haben noch die üblichen Restbestände in ihrer Reisekasse: italienische Lire, spanische Peseten oder holländische Gulden.“

Könnte ein Signal sein

■ Nach Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Zoll wird künftig die Wirtschaft ein weiteres Standbein für den Spitzensport sein, damit Spitzensportler Training und berufliche Bildung besser miteinander vereinbaren können. Das sieht ein Kooperationsvertrag zwischen dem Gerling-Konzern und dem deutschen Leichtathletikverband vor, der 30 Ausbildungsplätze für Spitzensportler sichert. Da ist es völlig unverständlich, wenn Bundesinnenminister Schily darauf mit der Ankündigung reagiert, der Bund werde in der Höhe dieses privaten Engagements seine Mittel für den Spitzensport kürzen. **Klaus Riegert**, sportpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „So etwas scheint zum Markenzeichen rot-grüner Verantwortungslosigkeit zu werden.“

SCHWÄCHER als es die rot-grüne Bundesregierung vorausgesagt hat, schätzen die sechs führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr ein. Sie gehen davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nur noch um zwei Prozent zulegen wird.

WOHNEIGENTUM ist nach Meinung von 78 Prozent der Deutschen eine feste Größe der Altersvorsorge. Wie Emnid ermittelt hat, will diese Drei-Viertel-Mehrheit deshalb auch, dass „Wohneigentum mindestens so stark gefördert werden soll wie andere Vorsorgemaßnahmen“ – etwa Lebensversicherungen oder Investmentfonds.

E-MAIL statt Aktenbock – unter dieses Motto hat der hessische Justizminister Christean Wagner eine Modernisierungsoffensive seines Ministeriums gestellt und 200 Justizangehörigen die Möglichkeit gegeben, sich umfassend über Pläne zu informieren, für die hessische Justiz die Möglichkeiten moderner Datenverarbeitungssysteme noch stärker zu nutzen als bisher. Seit Mitte März steht den Richtern im Amts- und Landgericht Wiesbaden das

Informationssystem „JURIS online“ zur Verfügung.

TELESHOPPING ist nichts für die meisten Deutschen. 88 Prozent kaufen nach einer Emnid-Umfrage „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ bei Verkaufsendern wie H.O.T. oder QVC. Lediglich drei Prozent sehen „auf jeden Fall“ im Shopping via Fernsehen eine in Frage kommende Alternative zum herkömmlichen Einkauf in Geschäften.

DAS SOFA-SYNDROM herrscht in Deutschland nach einer Emnid-Studie: Die Deutschen reagieren nicht genügend auf die Veränderungen in der Arbeitswelt und rangieren unter den Europäern auf Platz 11, wenn es um die Bereitschaft geht, umzuziehen, weil es der Job verlangt. Ähnlich ist es bei der Weiterbildung: Die Einsicht in die Notwendigkeit ist größer (92%) als die Zahl derer, die wirklich etwas tun (55%). Ganz vorne stehen die Deutschen dagegen mit der Bereitschaft, für die Sicherheit des Arbeitsplatzes auf Lohn zu verzichten und die eigene Rente privat zu ergänzen.

BAUAUFTRÄGE werden knapp. Das hat die 8. Kommunalumfrage des Haupt-

„
Die rot-grüne Bundesregierung übt bei weitem nicht mehr die Faszination auf die Wähler aus, wie das manche Ende letzten Jahres noch geglaubt haben. Das Modernisierungstempo, das diese Regierung unmittelbar nach der Bundestagswahl 1998 vorgelegt hat, hat sehr stark abgenommen. Und vieles ist inzwischen stecken geblieben.“

Volker Rühle

verbands der Deutschen Bauindustrie ergeben. Bis 2010 liegt der kommunale Baubedarf bei 990 Milliarden Mark. In diesem Jahr werden die Ausgaben mittlerer und größerer Städte im Westen um 2,1, im Osten sogar um 9,7 Prozent sinken.

KRITIK an der zunehmenden Umwandlung von Schwimmhallen in Spaß- und Erlebnisbäder (rund 100 in den letzten vier Jahren) hat die Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG) geübt. Dadurch würden die Möglichkeiten zum Schwimmenlernen beeinträchtigt. **UD**

Im ostdeutschen Gesundheitswesen besteht dringender **Korrekturbedarf**

Zu den Aktionstagen der ostdeutschen Kassenärzte erklärten der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Lohmann, und die zuständigen Berichterstatter, Ulf Fink und Wolfgang Zöller:

Es bestehen noch immer große Schief lagen und Ungerechtigkeiten im Vergleich zwischen dem Gesundheitssystem im Westen und im Osten.

Hauptursache hierfür ist die rot-grüne Budgetierungspolitik. Mit der Einführung der sektoralen Budgetierung durch das GKV-Solidaritätsstärkungsgesetz und ihrer Fortschreibung im GKV-Gesundheitsreformgesetz 2000 hat die Bundesregierung wesentlich dazu beigetragen, dass die ambulante medizinische Versorgung der Versicherten nicht mehr leistungsgerecht honoriert wird. Dies führt nicht nur zu einer Gefährdung der Qualität der medizinischen Versorgung; durch die Deckelung der ärztlichen Honorare sind viele Ärzte nicht mehr in der Lage, ihre Praxis wirtschaftlich zu

führen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat daher im Februar ein Gesetz zur Aufhebung der Budgets in den Deutschen Bundestag eingebracht. Die Budgetierung hat erkennbar zur Vorenthaltung medizinischer Leistungen geführt. Darunter haben besonders ältere und chronisch Kranke in den neuen Bundesländern zu leiden.

Gleiche Leistungen gleich bezahlen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat außerdem am 27. März ein Gesetz zur Berücksichtigung des „Wohnortprinzips“ bei Vereinbarungen über die ärztliche Gesamtvergütung auf den Weg gebracht. Mit dem Gesetzentwurf soll ein einheitliches Verfahren für alle Kassenarten beim Fremdkassenausgleich festgeschrieben werden. Damit wird der Grundsatz festgelegt, dass gleiche Leistungen gleich bezahlt werden.

Der bisher praktizierte



W. Lohmann



U. Fink



W. Zöller

Fremdkassenzahlungsausgleich hat dazu geführt, dass der an Ärzte der Kassenärztlichen Vereinigung am Sitz der Kasse gezahlte Punktwert oftmals höher ist als der im Rahmen des Fremdkassenzahlungsausgleichs an andere Kassenärztliche Vereinigungen gezahlte Punktwert. Davon haben bisher insbesondere Kassenärztliche Vereinigungen profitiert, in deren Region sich große bundesweite Betriebskrankenkassen befinden. Benachteiligt waren dagegen vor allem die Kassenärztlichen Vereinigungen der neuen Länder, in deren Region viele Versicherte dieser Kassen wohnen. Dieses Verfahren ist ungerecht und muss korrigiert werden.

<http://>

Den Text der
CDU/CSU-Initiativen
finden Sie unter:
[www.cducusu.
bundestag.de](http://www.cducusu.bundestag.de)

WOLFGANG MECKELBURG:

Rot-Grün hat die **Chance** zur besseren Nutzung der Zeitarbeit vertan

Anlässlich der Ablehnung des Gesetzentwurfs der Union zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes durch Rot-Grün erklärte der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung:

Trotz der demographischen Entwicklungen, die einen jährlichen Rückgang der Arbeitslosenzahlen garantiert (jedes Jahr gehen ca. 200.000 Arbeitnehmer mehr in Rente, als junge Arbeitnehmer nachkommen) und einer geschönten Statistik (geringfügige Beschäftigungsverhältnisse werden mitgezählt) haben wir in Deutschland derzeit über 4 Mio. Arbeitslose. Dieses Ergebnis ist ein Armutszeugnis für Rot-Grün. Dennoch weigert sich die Koalition, innovative Maßnahmen zu ergreifen, die den Arbeitsmarkt auflockern und mehr Menschen in Beschäftigung bringen könnten. Das hat die Koalition mit ihrer Ablehnung des CDU/CSU-Gesetzentwurfs zu einem 1. Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerüberlas-



sungsgesetzes im Ausschuss einmal mehr belegt.

Das Instrument der Zeitarbeit ist ein dynamisierendes Element für den Arbeitsmarkt. Das beweisen unsere europäischen Nachbarn. So beruht das niederländische „Arbeitsmarktwunder“ zu einem wesentlichen Teil auf der Wachstumsbranche „Zeitarbeit“. Während dort der Anteil der Zeitarbeitnehmer rd. 4,6% beträgt, nimmt sich der Vergleichswert für Deutschland mit nur 0,7 % sehr dürftig aus. Dabei hätte die Branche Unterstützung verdient, denn bereits jetzt werden rd. 30% der Zeitarbeitnehmer anschließend von ihrem Entleiher in ein reguläres Arbeitsverhältnis übernommen. Doch nicht nur diese Brückenfunktion in den ersten Arbeitsmarkt zeichnet die Zeitarbeit aus,

sondern auch ihre Komplementärfunktion zu einem wirkungsvollen Abbau des so häufig beklagten Überstundenbergs.

Unsere Vorschläge:

■ Die zulässige Höchstdauer der Überlassung eines Leiharbeitnehmers an denselben Entleiher wird von 12 Monate auf 36 Monate erweitert. Dies ermöglicht, das Instrument der Leiharbeit auch für höher qualifizierte Arbeitnehmer und zur Vertretung bei Erziehungsurlaub einzusetzen. ■ Bisher darf die Dauer des Arbeitsverhältnisses zwischen Leiharbeitnehmer und Verleiher mit der Dauer der erstmaligen Überlassung an einen Entleiher nicht übereinstimmen. Dieses sog. „Synchronisationsverbot“ wird aufgehoben. Damit erhalten auch solche Menschen die Chance auf einen Einstieg in einen Job, für die zum Zeitpunkt des Verleihs nur ein Auftrag vorliegt. ■ Die Beschränkung für befristete Arbeitsverträge wird abgeschafft. Damit werden die Verleiher mit allen anderen Arbeitgebern gleichgestellt. **UD**

Rot-Grün zerschlägt die kulturelle Breitenarbeit der Landsmannschaften

Nach einem Treffen des Bundesvorstands mit Generalsekretär **Laurenz Meyer** in Berlin erklärte der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV), **Helmut Sauer**:

Laurenz Meyer ist zuzustimmen: Große Widersprüche bestehen zwischen den Lobes-Worten des Bundeskanzlers Schröder vor den Vertriebenen am Tag der Heimat 2000 und den tatsächlichen Finanz- und Organisationsbeschlüssen von Rot-Grün.

Systematisch hat Rot-Grün durch brutalste Finanzkürzungen die Vernichtung des „Ostdeutschen Kulturrates“ und der „Kulturstiftung der Vertriebenen“

trotz internationaler Anerkennung angestrebt.

Während die Bundesregierung vollmundig das Ehrenamt in der Gesellschaft lobt, zerschlägt Rot-Grün aus ideologischer Verblendung die kulturelle Breitenarbeit der Landsmannschaften und des Bundes der Vertriebenen (BdV). Rot-Grün schreckt auch nicht zurück, die zur Bewahrung der Identität geleisteten Mittel im sozialen, humanitären, kulturellen und wirtschaftlichen Bereich sowie bei der Jugendarbeit dramatisch zu kürzen.

Generalsekretär Laurenz Meyer hat die Bundesregierung aufgefordert, gegenüber den ausreisewilligen Deutschen keine neuen Be-



L. Meyer



H. Sauer

nachteiligungen bei der Begrenzung der Zuwanderung und der Integration zu beschließen.

Berechtigte Anliegen

Er betonte die Verbundenheit der CDU mit den berechtigten Anliegen der Vertriebenen. Im Prozess der EU-Osterweiterung müssten gegenüber Warschau und Prag die immer noch bestehenden Vertriebenen- und Enteignungsdekrete angesprochen werden.

OMV-Bundesvorsitzender Helmut Sauer, der auch dem Bundesvorstand angehört, dankte Laurenz Meyer für die Unterstützung seiner Parteivereinigung in der Brückenfunktion zwischen den Vertriebenenorganisationen und der CDU/CSU.

Der **KÖLNER CDU** ist ein Spagat gelungen: Die Delegierten des Kreisparteitags in der Mülheimer Stadthalle haben das ausländerpolitische Papier „Ja zur Integration“ verabschiedet und gleichzeitig, damit es nicht bei Worten bleibt, die CDU-geführte Mehrheit in Köln in die Pflicht genommen, den Beschluss im Rat der Stadt umzusetzen. Die drei wichtigsten Forderungen in dem Papier: ■ mehr Sprachunterricht für Ausländer ■ zweisprachige Lehrer und ■ grundgesetztreuen muslimischen Religionsunterricht.

Mit der Freiheitsunion Westpommern Zusammenarbeit vereinbart

Im Hotel Pasewalk in Pasewalk haben am 26. März der stellvertretende Vorsitzende der Freiheitsunion Westpommern, Gregorz Jankowsky, und die CDU-Vorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Steffie Schnoor, eine Vereinbarung über die künftige Zusammenarbeit unterzeichnet.

Damit ist die CDU in Mecklenburg-Vorpommern die erste Partei des Landes, welche im Vorfeld der bevorstehenden EU-Osterweiterung die politischen Kontakte in die Nachbarregion systematisch ausbaut.

Wie die Landesvorsitzende, Steffie Schnoor, anlässlich der Vereinbarung sagte, werde mit der bevorstehenden Aufnahme der osteuropäischen Staaten die Teilung Europas ganz sichtbar überwunden. Die europäische Völker- und Wertegemeinschaft finde nun zu einem gemeinsamen Handeln zusammen. Es gelte, in einem Europa der Vaterländer die wirtschaftliche Zukunft in einem friedlichen und toleranten Miteinander zu sichern.



G. Jankowsky und S. Schnoor unterzeichnen die Vereinbarung

„Wichtig ist, dass der Beitrittsakt nicht für sich allein steht. Er muss von den Menschen mitgetragen werden. Deshalb wird ein Schwerpunkt der Zusammenarbeit zwischen unseren Parteien in der Förderung von Schulpartnerschaften und im Jugendaustausch liegen. Daneben sollen der Austausch von Praktikanten in Verwaltung und Wirtschaft unterstützt und weitere Städte- und Gemeindepartnerschaften angesprochen werden“, so Steffie Schnoor.

Gregorz Jankowsky betonte, dass nach einer Phase der Verlobung mit der Vertragsunterzeichnung in Pasewalk nun die Ehe zwischen CDU Mecklenburg-Vorpommern und Freiheits-

union Westpommern beginne. Wichtig sei, dass über die offiziellen Kontakte hinaus das persönliche Kennenlernen stattfinde. „Ich wünsche mir, dass Pasewalk als der Ort in die Geschichte eingeht, wo Deutsche und Polen einen großen Schritt aufeinander zu machten.“

Steffie Schnoor sagte abschließend, man sei sich bewusst, dass sich die Parteienlandschaft in Polen nach wie vor im Entstehungsprozess befindet. Trotzdem sei es wichtig, jetzt die Kontakte zu Politikern, die der CDU politisch nahe seien, auszubauen und die beginnende Zusammenarbeit auf ein vertragliches Fundament zu stellen. Nun gelte es, den Vertrag mit Leben zu erfüllen.

Jörg Schönbohm mit 87,3 Prozent in seinem Amt **bestätigt**

Angela Merkel mit Ovationen „zu Hause“ begrüßt

Knapp 16 Monate nach dem erstmaligen Einzug der CDU in die Regierung Brandenburgs fand am 31. März in Perleberg (Prignitz) der 15. Landesparteitag unter dem Motto „Verantwortung für Brandenburg“ statt. Auf der Tagesordnung der 275 Delegierten standen die Wahlen zum Landesvorstand, die Verabschiedung einer neuen Landessatzung sowie über 30 inhaltliche Anträge.

Erster Höhepunkt war die Rede der Bundesvorsitzenden Angela Merkel. Sie stellte erneut unter Beweis, wie sehr sie sich in den Problemen Brandenburgs auskennt. Zu aktuellen Bundesthemen – wie Nationalstolz-Debatte, Rente und Aufbau Ost – nahm sie dezidiert Stellung und griff dabei die Bundesregierung scharf an. Sie zeigte auf, wo die Union Rot-Grün in den nächsten Monaten stellen wird. Angela Merkel machte den Freunden in



Brandenburg Mut auf ihrem Weg in der Regierungsverantwortung. Die Delegierten dankten es ihr mit stehenden Ovationen und langanhaltendem Applaus.

Eine besondere Begegnung gab es am Rande ihres Besuches. Ein älteres Ehepaar aus dem fünf Kilometer entfernten Quitzow, in dem Angela Merkel ihre ersten drei Lebensjahre verbrachte, überreichte Fotos vom Pfarrhaus, in dem sie lebte, und der Kirche ihres Vaters. Willkommen zu Hause, Angela!

Kontinuität und Erneuerung – CDU wählt junge Leute in die Verantwortung

Jörg Schönbohm, vor zwei Jahren in das Amt des

Vorsitzenden gewählt und damit inzwischen dienstältester Parteivorsitzender in Brandenburg, zog in seiner gut einstündigen kämpferischen Rede Bilanz über die erfolgreiche Regierungsarbeit der CDU. „In 16 Monaten haben wir mehr erreicht, als die SPD-Alleinregierung in 60!“ rief er den Delegierten zu. Die Gemeindegebietsreform, Polizeiaufgabengesetz und die Polizeistrukturreform seien nur mit der CDU durchzusetzen gewesen. Aber auch die Bildungsoffensive trage die Handschrift der CDU. Justizminister Schelter habe das durch die zahlreichen Gefängnisausbrüche als „Reisebüro“ bekannt gewordene Justizvollzugssystem sicher gemacht. Wirtschaftsminister Färniß habe für zahlreiche Unternehmensansiedlungen gesorgt.

Schönbohm unterstrich in seiner teilweise emotionalen Rede auch die Bedeutung der großen Koalition für den gesamten Osten. Mit Blick auf die anderen Bundesländer sagte er. „Wenn wir in Brandenburg scheitern, wird der Osten rot.“ Die



große Koalition habe deshalb Vorbildcharakter und müsse erfolgreich weiter arbeiten, weil die „Alternative“ nur rot-rote Regierungen wären. Er warb gleichzeitig um Verständnis für manche Kompromisse, die man deshalb eingehen müsse, und um Geduld.

Die Delegierten klatschten hierzu minutenlangen Beifall und gaben Schönbohm mit 87,3 % der Stimmen ihre Zustimmung.

Zu seinen Stellvertretern wählte der Parteitag wiederum Ulrich Junghanns und Andrea Voßhoff, MdB.

<http://www.cdu-brandenburg.de>
 Weitere Infos unter:
www.cdu-brandenburg.de

Hinzu kamen die neuen Stellvertreter Michael Stübgen, MdB und der Landesvorsitzende der Jungen Union, Sven Petke, MdL.

Generalsekretär Thomas Lunacek MdL wurde mit 82 % genauso wiedergewählt wie der Schatzmeister Dierk Homeyer MdL mit 91 % der Stimmen.

Erfreulich auch die große Zahl von Frauen im Vorstand

Weiterhin wurden von 31 Kandidaten 18 Beisitzer gewählt, von denen ein Drittel neu in den Landesvorstand kamen. Erfreulich ist auch die hohe Anzahl von

Frauen: Acht von ihnen werden in Zukunft die Geschicke der Partei mitbestimmen, unter ihnen die junge Bundestagsabgeordnete Katherina Reiche. Sie ist auch Mitglied im Bundesvorstand der CDU.

Nach einer gut andert-halbständigen Diskussion der über 130 Änderungsanträge wurde ein neue Landdessatzung verabschiedet.

Neben der konsequenten Umsetzung der Essener Parteitagebschlüsse zum Finanz-Controling und einer Neugliederung der Parteistruktur im Land bekannten sich die Delegierten auch zum modernen Element der Mitgliederbefragung bei Personal- und Sachfragen.

30 Sachanträge – Partei emanzipiert sich

Neu für die CDU in Brandenburg war die Tatsache, dass sich die Delegierten der Kreisverbände und Vereinigungen gleich mit über 30 Anträgen zu verschiedenen Sachthemen zu Wort melden. Wenn auch einige Anträge den eigenen Ministern Kopfzerbrechen bereiten dürften, zeigte die Partei, dass sie sich neben Kabinett und Fraktion als dritte eigenständige Kraft verstanden wissen will.

UD



RENTEN

Umstände

Schachern ist ein schönes Wort für das Streben, das vielzitierte Beste für die Menschen zu erreichen. Und dennoch – die Arbeiten an der Rentengesetzgebung sind nun in dem Stadium, in dem nicht mehr die Reform selbst, sondern die Umstände überzeugen sollen. Dies aber führt weg von den Einzelheiten wie der Ungleichbehandlung von Mann und Frau im Entwurf und damit von der Benachteiligung von Frauen im Konzept Riesters, weg von den Schönrechnereien der Formel „67 Prozent von 90 Prozent Netto sind anscheinlicher als 64 Prozent von 100 Prozent Netto“, weg von Unklarheiten bei der Anerkennung von Wohneigentum als private Vorsorge. Auf Änderungsbegehren der Union am Regierungskonzept braucht Riester nicht einzugehen, wenn Eichel ihm beisteht – nicht um den Rentenversicherten,

sondern um den stimmberechtigten Landesregierungen entgegenzukommen.

Frankfurter Allgemeine

Schacher

Der Sündenfall holt die Regierung ein. Mit finanziellen Zugeständnissen hatte sich Rot-Grün im Sommer 2000 die Zustimmung des Bundesrates zur Steuerreform erkaufte. Jetzt ist die Versuchung groß, es bei der Rentenreform ähnlich zu versuchen. In der Sache sind sich Regierung und Opposition, SPD- und Unions-Länder einig: Der staatlich geförderte Einstieg in die private Altersvorsorge ist nötig und überfällig. Doch das kostet Geld. Und gerade deshalb zögern auch SPD-geführte Länder noch mit ihrer Zustimmung. Das Problem: Der Bundeskanzler hat fürs private Alterssparen 20,8 Milliarden Mark versprochen, dabei aber unterschlagen, dass der Großteil – knapp zwölf Milliarden – von Ländern und Gemeinden übernommen werden soll. Deshalb wird es dies-

mal nicht reichen, Arbeitsplätze zu versprechen, Umgehungsstraßen zu finanzieren und eventuell noch für ein Opernhaus in der Hauptstadt zu bezahlen. Denn auch die SPD-Länder haben verstanden: Wer zu früh zustimmt, verschenkt viel Geld und politischen Handlungsspielraum. Der Stimmen-schacher rächt sich.

Rheinische Post

CASTOR

Verkettet

Vier junge Leute betonieren sich an Schienenfest und werden für eine Nacht zu Helden der Anti-Atom-Bewegung. Keine heldenhafte Figur machen unterdessen die Politiker der Grünen. Die einen klammern sich an die Reste dieser Bewegung, weil sie meinen, daß sie ohne deren Unterstützung nichts mehr ausrichten könnten; die anderen bleiben fest verkettet mit ihren Regierungs-ämtern und wollen sich auch durch Rufe wie „Verräter“ nicht davon lösen lassen. Sie



werden auf der einen oder anderen Seite loslassen müssen, denn die Standpunkte, die hier und da vertreten werden, sind durch kunstvolle Wortwahl nicht mehr zur Deckung zu bringen. Die Demonstranten wännen sich im Krieg mit dem „Atomstaat“ und halten Gesetzesbruch für ihre Bürgerpflicht. Da macht es keinen großen Unterschied mehr, ob sie sich friedlich oder unfriedlich gebärden – wenn der Staat selbst das Ziel der Angriffe auf den Castor ist, können sich Vertreter dieses Staates nicht mit ihnen gemein machen.

Frankfurter Allgemeine

Egoistisch

Ein wenig wirkt der Protest auch egoistisch wie die Empörung über irgendeine Mülldeponie nebenan. Zumal niemand gegen die Züge nach Frankreich und England aufsteht. Und doch deuten die Großaktionen der Umweltorganisationen an, dass es um mehr geht: um eine Zukunftsfrage. Wo wird das Endlager für die heiße

Fracht sein? Eine Frage, um die sich bisher die ganze Welt drückt.

Der Tagesspiegel

KONJUNKTUR

Doppelt bitter

Lahmer Euro, kranke US-Konjunktur, schwache Börsen – die Aussichten für Deutschland sind mies! Prompt wird's für Kanzler Schröder und seinen Finanzminister Eichel richtig schwer, ihre wichtigsten Wahlversprechen einzuhalten. Wir erinnern uns: Kanzler Schröder will die Arbeitslosigkeit deutlich senken. Sparkommissar Eichel möchte bis 2006 keine neuen Schulden mehr machen. Doch jetzt räumt der Finanzminister ein: Das sinkende Wirtschaftswachstum sorgt wohl dafür, dass er mehr Kredite aufnehmen muss! Doppelt bitter: Weil unsere Konjunktur lahmt, bleibt die Arbeitslosigkeit erschreckend hoch. Die Ursachen für die deutsche Stotterkonjunktur:

Steuer und Abgaben viel zu hoch. Bild

GROSSBRITANNIEN

Verdacht

Mit der Verschiebung der britischen Unterhauswahlen von ihrem geplanten Termin im Mai auf Anfang Juni geht Tony Blair ein hohes politisches Risiko ein. Zwar wird man ihm nun kaum noch das Mitgefühl für die unter den Folgen der Maul- und Klauenseuche darbedende Landbevölkerung absprechen können, doch da die Entscheidung in letzter Minute erfolgt ist, steht er nur noch tiefer unter Verdacht, sich in seiner Politik nur von Meinungsforschern leiten zu lassen. Es waren nämlich nicht seine Partei und sein Kabinett, die aus prinzipiellen Gründen eine Verschiebung der Wahlen gefordert hatten, sondern die Imageberater und Demoskopien aus den Hinterzimmern der Downing Street.

Berliner Zeitung

Der April – der macht was er will – der CDU-Regenschirm „eleganz“!



BESTELL- ANSCHRIFT

IS-Versandzentrum
Postfach 1465
59306 Ennigerloh
Telefax 02524/911310
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Bestell-Nr.: 9658
Preis je Exemplar: 15,00 DM
7,67 EURO

Bestellschein

- Außenwerbemittel -

--	--	--	--

Kreisverbands-Nr.

CDU-Bundesgeschäftsstelle
 HA Öffentlichkeitsarbeit
 Klingelhöferstraße 8
 10785 Berlin

Fax: 0 30-2 20 70-3 89

CDU-Verband

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Tel.-Nr.

Menge	Artikel	Einzelpreis	Gesamtpreis
	CDU-Schaukasten , wetterfeste Ausführung aus Aluminium mit magnethaftender Rückwand, Außenmaße: 100,7 cm x 85,7 cm x 7 cm	485,00 DM	
	- Ständergarnitur	175,00 DM	
	- Beleuchtungsgarnitur	100,00 DM	
	Mastanhänger , DIN A1, komplett, Preis bis 500 Expl.	17,95 DM	
	Preis ab 501 Expl.	16,50 DM	
	Ersatz Pappträgerplatte	2,50 DM	
	Ersatz-PE-Hülle mit Stäben	3,00 DM	
	Schnellspannband, für Mastanhänger	0,70 DM	
	Klebeband (glasfaserverstärkt), 50 m	4,00 DM	
	Dachständer , DIN A1, ohne Scheiben	64,00 DM	
	DIN A1, mit Scheiben	110,00 DM	
	DIN A0, ohne Scheiben	84,00 DM	
	DIN A0, mit Scheiben	160,00 DM	
	Einzelstellfläche , DIN A1	25,00 DM	
	DIN A0	34,00 DM	
	Dreieckständer , DIN A1, Höhe 1,39 m ohne PVC-Scheiben	113,00 DM	
	mit PVC-Scheiben	133,00 DM	
	Dreieckständer , DIN A1, Höhe 1,62 m ohne PVC-Scheiben	119,00 DM	
	mit PVC-Scheiben	139,00 DM	
	Dreieckständer , DIN A0, Höhe 1,62 m ohne PVC-Scheiben	148,00 DM	
	mit PVC-Scheiben	180,00 DM	

Die Berechnung und Lieferung dieser Bestellung erfolgt durch den jeweiligen Hersteller. Alle genannten Preise verstehen sich zzgl. MwSt. und Frachtkosten

Datum

Unterschrift

Achtung: Preiserhöhung zum 1. April 2001



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

■ KONZEPTE ■ KOMPETENZ ■ KLARHEIT

Chancen FÜR DEUTSCHLAND.

Verbraucherschutz 1

CDU

Broschüre (DIN A5) Verbraucherschutz

Positionen der CDU-Kommission
"Landwirtschaft und Verbraucherschutz"
zur nachhaltigen Verbesserung des
Verbraucherschutzes im Lebensmittelbereich

Bestell-Nr. 5738

25 Expl.: 23,00 DM (11,76 EURO)

Dr. Angela Merkel

Zukunft FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM – Verbraucherschutz FÜR ALLE

Rede in der Bundestagsdebatte
vom 8. Februar 2001

CDU

Broschüre (DIN A5) „Zukunft für den ländlichen Raum – Verbraucherschutz für alle“

Dr. Angela Merkel
Rede in der Bundestagsdebatte
vom 8. Februar 2001

Bestell-Nr. 5727

50 Expl.: 28,00 DM (14,32 EURO)

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen